

HAMBURGER

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Hamburg • Nr. 4 • Frühjahr 2010

UTSICHTEN

MILLIONENGRAB

ELBPILHARMONIE



Foto: © Herzog & de Meuron

Ein Konzerthaus für mehr als eine halbe Milliarde Euro – das entspricht 1.000 luxuriösen 100-Quadratmeter-Eigentumswohnungen in der Hafencity. Ob CDU, GAL oder SPD: die etablierten Parteien haben alle gemeinsam beschlossen, ein gigantisches Prunkschloss zu bauen.

Philharmonische Orchester aus der ganzen Welt sollen den Hamburger Hafen mit einem Besuch beehren. Tatsächlich muss die Hochkultur als Rechtfertigung herhalten, um dem Bau-Multi Hochtief Abermillionen in den Rachen zu werfen.

CDU-Bürgermeister Ole von Beust zitiert gerne das tadellose Bild vom ehrbaren Kaufmann. In der Realität macht er nur, was die Pfeffersäcke immer schon gemacht haben: krumme Geschäfte. Hinter Beusts unschuldiger Miene des Klassenbesten verbirgt sich ein korruptes Wesen. Was der Bürgermeister auch

anpackt, seine bürgerliche Klientel verdient sich eine goldene Nase daran.

Kosten für die Stadt verdreifacht - mindestens

Hamburgs Anteil an den Baukosten für die Elbphilharmonie war ursprünglich mit kaum mehr als 110 Millionen Euro eingepplant. Heute will Hochtief rund 330 Millionen Euro von der Stadt – also das Dreifache! Was von den verbleibenden 170 Millionen Euro nicht für die Umsatzsteuer drauf geht,

INHALT:

ELBPILHARMONIE . . .	SEITE 1
EDITORIAL	SEITE 2
SCHULREFORM	SEITE 3
WOHNRAUM	SEITE 4
GEGEN DEN KRIEG	SEITE 6
MOORBURG	SEITE 7
ARROGANZ	SEITE 8
IMPRESSUM	SEITE 5

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) wurde 1968 gegründet und setzt sich seitdem aktiv für eine bessere Gesellschaft ein. Wir sind ein Teil der Kämpfe der Arbeiterklasse um mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen, der Kämpfer der SchülerInnen und Studierenden für mehr Bildung und den freien Zugang zu ihr und der Kämpfe junger Menschen um eine qualifizierte Ausbildung.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung im Mittelpunkt steht und nicht die Profitinteressen der Konzerne.

Wir meinen, diese Gesellschaft kann es nur geben, wenn die aktuellen bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse in Frage gestellt und geändert werden.

Dafür wollen wir kämpfen – kämpfen für eine gerechte Gesellschaft - für den Sozialismus!

Kontakt: Tel. 480 490 0
www.dkp-hamburg.de
kontakt@dkp-hamburg.de

40 Jahre 
DKP

(Fortsetzung S. 2)

EDITORIAL

LIEBE HAMBURGERINNEN
UND HAMBURGER,

Foto: DKP

in Zeiten der Krise macht sich Verunsicherung breit. Viele sehen das Leben zunehmend als Existenzkampf – Jeder ist sich selbst der Nächste. Deutlich spürbar ist das an den Schulen. Immer weniger geht es ums Lernen, immer mehr ums Pauken. Die SchülerInnen hetzen von Prüfung zu Prüfung, in einem großen Wettrennen um die besten Abschlüsse und die zukünftigen Arbeitsplätze.

Die mehr als 180.000 Unterschriften für das Pro-Gymnasiums-Volksbegehren „Wir wollen lernen“ kamen sicherlich nicht alle aus Blankenese und waren zumindest nicht alle gekauft. Aus dem Ergebnis sprach auch die Angst vieler Eltern, ob aus ihren Kindern noch etwas werden kann, wenn nicht von vornherein der Weg offen steht, sie durchs Gymnasium zum Abitur zu führen, notfalls mit teurer Nachhilfe. Die Sorge um die Zukunft der Kinder ist berechtigt, der Schluss aber falsch: Eine möglichst frühe Trennung nach „Leistung“ sei in ihrem Interesse. Denn in diesem System heißt das vor allem: Trennung nach Herkunft. Wer hat, dem wird gegeben.

Am 18. Juli soll das Volk über den Weg der Hamburger Schulpolitik entscheiden. Doch wie so oft bei Wahlen in der bürgerlichen Demokratie, die richtige Wahlmöglichkeit steht gar nicht auf dem Zettel: Eine Schule für alle!

Auf der einen Seite stehen die Verfechter der Elitebildung. Diese reaktionäre Initiative muss gestoppt werden! Auf der anderen

(Fortsetzung von S. 1)

übernehmen einige Gönner und Investoren. Größter Profiteur darunter ist – nicht verwunderlich – ebenfalls Hochtief.

Kinder zahlen für Hochtiefs Fantasie-Preise

Der Essener Bau-Konzern verlangt nach Ansicht renommierter Experten reine Fantasie-Preise für seine Bauleistungen. So kostet nach – nur einer von vielen – Nachforderungen ein einzelner Bautag fast 1,5 Millionen Euro, nur für den Unterhalt der Baustelle. Eindeutig zu viel, fand auch der schwarz-grüne Senat. Über ihre Realisierungsgesellschaft (ReGe) konnten die Koalitionäre den Preis etwas drücken. An anderer Stelle zahlten sie aber wieder drauf: 30 Millionen Euro Einigungssumme – ausschließlich für den Wohlfühlfaktor der Hochtief-Leute. Exakt diese Summe Handgeld will der CDU/GAL-Senat nun einsparen, indem er das Kita-Essensgeld um bis zu 30 Euro und die Kita-Gebühren um bis zu 100 Euro erhöht!

Beust übernimmt Verantwortung – mehr nicht

Der für gewöhnlich präsidial auftretende Bürgermeister Beust ließ sich im letzten Herbst dann doch herab, einen Teil der Verantwortung für das finanzielle Desaster zu übernehmen. In einer hitzigen Bürgerschaftsdebatte bekannte er sich zum „Leuchtturmprojekt“ Elbphilharmonie. Zu diesem Schritt hatte ihn die Opposition genötigt. Sie konnte die parteilose Kultur-

Seite steht das schwarz-grüne Modell einer „modernen“ Selektion, das den Einflüsterungen von Handelskammer und Multimilliardär Michael Otto gehorcht. Deren Schulreform schwächt die bestehenden Gesamtschulen, verschiebt die Trennung nur von Klasse 4 auf Klasse 6, und viele Schulen sind weder baulich noch personell vorbereitet. Deshalb lehnen wir den „Schulfrieden“ ab, den der Senat mit der parlamentarischen Opposition geschlossen hat. Kleinere Schulklassen und die Abschaffung des Büchergelds sind zweifellos wichtige Erfolge, die den Alltag von SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern erleichtern. Doch

senatorin Karin von Welck derart auseinandernehmen, dass nur noch Oles flammendes Bekenntnis ihren Kopf rettete. Ansonsten weist der CDU-Politiker weiterhin gekonnt alles Übel von sich.

Hinter dem Versagen des Senats steckt Absicht

Der ehemalige Bauleiter des Berliner Sony-Centers, Franz-Josef Schlapka, vermutet dagegen finstere Intrigen. Auf Einladung der SPD-Fraktion rechnete er Anfang Februar durch, welche absurde Forderungen Hochtief vom Steuerzahler verlangt. Das politisch Pikante: 2008 wurde der Manager der städtischen Realisierungsgesellschaft, Hartmut Wegener gefeuert – angeblich wegen Unfähigkeit. Schlapka ist da ganz anderer Auffassung: Wegener sei Hochtief gegenüber zu „kantig“ aufgetreten. Auch heute werde die ReGe von einem „ausgezeichneten Kollegen“ beraten, sagte der Bauexperte gegenüber einem Nachrichtenmagazin. Dass der Senat so lasch auf die Hochtief-Forderungen reagiere, sei nur durch „politische Motivation“ erklärlich.

Die Baulöwen aus Essen wollen derweil weiter das Hamburger Stadtsäckel schröpfen. 44 Millionen Euro extra haben sie sich neuerdings ausgedacht. Ändern könne sich an der skandalösen Praxis nur etwas, wenn Schwarz-Grün endlich den „Konflikt annimmt“, findet Schlapka und stellt fest: „Man muss dem Tod auch mal ins Auge schauen, wenn man eine Schlacht gewinnen will.“

che

der Wahlkampf um den Volksentscheid kann nur der Anfang sein, um die eigentliche Frage zu stellen: Wofür soll Schule da sein - Menschenmaterial maßgerecht für die Verwertungsbedürfnisse des Kapitals ausbilden? Oder eine demokratische Erziehung bieten, hin zu Menschen, die selbstständig und gemeinschaftlich die Welt erkennen, begreifen und sich aneignen können?

In diesem Sinne,
Olaf Harms

Landesvorsitzender DKP Hamburg

SCHULREFORM IN HAMBURG: EIN SCHRITT NACH VORN?

Was kommt dabei raus, wenn eine Partei (GAL), die im Wahlkampf „Eine Schule für alle“ gefordert hat, mit einer anderen Partei (CDU) ins Bettchen steigt, die für eine strikte Beibehaltung des mehrgliedrigen Schulsystems ist? Ein kleiner Kompromiss? Eigentlich ist doch klar, dass es bei dieser Grundfrage des Bildungssystems keinen Kompromiss geben kann.

Und so ist denn auch die Reform der Senatorin Goetsch (GAL) ein halbgares Machwerk, das weder die elitären Befürworter der Gymnasien aus den Elbvororten (Initiative „Wir wollen lernen“), noch die Vertreter einer integrativen Schule für alle SchülerInnen zufrieden stellen kann.

Unser Ziel bleibt „eine Schule für alle“. Alles, was frühe Trennung oder soziale Selektion festschreibt oder die Möglichkeit dafür eröffnet, muss bekämpft werden.

Das Hamburger Modell basiert in Zukunft im Prinzip auf zwei beziehungsweise drei Säulen. Alle Kinder sollen nach dem Willen der schwarz-grünen Koalition von Klasse 1 bis 6 die Primarschule besuchen. In den ersten sechs Klassen gibt es keine Noten mehr. Erst nach der sechsten Klasse werden die Schüler getrennt – entweder besuchen sie die Stadtteilschule, in der nach der Klasse 13 das Abitur abgelegt werden kann, oder sie besuchen ein Gymnasium. Dort kann nach der 12. Klasse das Abitur erlangt werden.

Unser Bildungssystem: ungenügend und sozial ungerecht

Die Reform muss jetzt zeigen, ob es ihr gelingen kann, die katastrophale Ungerechtigkeit des jetzigen Schulsystems zu verändern.

Schulen in diesem Land sollten Orte des Lernens sein. Fakt aber ist, dass deutsche Schulen Orte sind, an denen Jugendlichen das Recht auf Bildung verweigert wird: Bundesweit verlassen über 75.000 Jugendliche jährlich die Schulen ohne Abschluss. 20 Prozent aller 15-Jährigen verfügen nicht über ausreichend Textver-

ständnis, um den Leitartikel einer Tageszeitung zu verstehen.

In diesem Schulsystem bleiben speziell SchülerInnen aus Arbeiter-, Erwerbslosen- und Migrantenfamilien auf der Strecke. 82 Prozent der SchülerInnen aus der Oberschicht besuchen ein Gymnasium, aber nur 15 Prozent der SchülerInnen aus Unterschichten. Und gegenüber ihren deutschen MitschülerInnen haben SchülerInnen mit



otto by Michael Otto Stiftung

Michael Otto - der reichste Hamburger
verwässerte die Reform im Auftrag des Senats

Migrationshintergrund eine dreimal geringere Chance, ein Gymnasium zu besuchen. Das alles zeigt: Das gegliederte Schulsystem gibt dem Großteil der Schülerinnen und Schüler keine Chance. Und ein wesentlicher Grund dafür ist die frühe Trennung der Schüler auf verschiedene Schulen. Angesichts der unterschiedlichen Startbedingungen der Kinder ist dies im Wesentlichen eine Trennung zwischen Kindern mit reichen und Kindern mit armen Eltern.

Gibt es auch Positives?

Die erklärte Absicht der Hamburger Reform ist es, das gemeinsame Lernen zu verlängern. In der Tat ist die Verlängerung des

gemeinsamen Lernens in der Primarschule positiv zu bewerten. Ein weiterer Schritt in die richtige Richtung ist, dass auch die Stadtteilschule zum Abitur führen kann. Doch damit haben sich die Vorteile der Reform auch schon.

Diese Reform ist halbgar

Das Wichtigste: Die Selektion von Schülerinnen und Schülern nach sozialen Kriterien wird nicht überwunden, sondern nur um zwei Jahre nach hinten verlegt. Es besteht sogar die Gefahr der Verschärfung der sozialen Selektion.

Mist ist zum Beispiel, dass die Entscheidung über Stadtteilschule oder Gymnasium nach Klasse 6 fallen soll – also zu einem Zeitpunkt, zu dem viele Jugendliche häufig alles Mögliche außer Lernen im Kopf haben.

Möglicherweise wird die Selektion nicht zwei Jahre nach hinten, sondern sogar vier Jahre nach vorne gezogen. Denn es kann sein, dass die Wahl der Primarschule schon die Chancen der Schüler wesentlich bestimmt, nach Klasse 6 auf ein Gymnasium zu gehen. Das wird dann der Fall sein, wenn Eltern sich für Primarschulen entscheiden können, die eng mit Gymnasien kooperieren.

Elitäre Gymnasien und Stadtteilschule als Schulen zweiter Klasse

Zudem besteht die Aussicht, dass die Stadtteilschulen real Schulen zweiter Klasse sein werden. Es ist zum Beispiel vorgesehen, dass an Stadtteilschulen allgemeinbildende und künstlerisch-musische Fächer zusammengestrichen werden. Im Gegenzug soll die unmittelbare und praktische Verwertbarkeit im Interesse der Wirtschaft dominieren.

Darüber hinaus wird jede Schulreform scheitern, die nicht die materiellen Voraussetzungen für ihre Umsetzung schafft. Zwingend notwendig sind drastische Senkung der Klassenstärken, Maßnahmen gegen Unterrichtsausfall, mehr Lehrerstellen und Reduzierung der Arbeitszeit für Lehrer.

Nur so kann sich an den Schulen irgendetwas zum Positiven entwickeln.

IN HAMBURG WIRD WOHNEN ZUM LUXUS



© Jerzy Sawluk/pixelio.de

Weil SAGA und GWG profitabel sein müssen, werden Obdachlose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen in Hamburg auch weiterhin – das ist skandalös – nicht damit rechnen können, von diesen öffentlichen Unternehmen ausreichend versorgt zu werden. Wer einen Schufa-Eintrag hat, dem öffnet sich dort kaum eine Tür.

SAGA-Mieter erleben immer wieder, dass die städtische Wohnungsgesellschaft ihre Wohnungen entweder verfallen lässt oder aber luxussaniert und dann saftige Aufschläge verlangt. Ob saniert oder nicht, die SAGA hat es sich zur Regel gemacht, alle zwei Jahre ihre Mieten auf den im Mietenspiegel gemessenen Hamburger Durchschnitt anzuheben. Und weil der SAGA ein Sechstel der Wohnungen gehört, steigt mit dieser Erhöhung auch der Mietenspiegel – Grund genug für die nächste Erhöhung. Hamburg zeigt mit einem Plus von 15 Prozent auf 10,10 Euro pro Quadratmeter und Monat das fünfstärkste Mietwachstum von 81 deutschen Großstädten bei den Neuvermietungen von Wohnungen. Angesichts dieser Tatsache und des Bevölkerungszuwachses in unserer Stadt sowie der Zunahme kleiner Haushalte benötigen wir jährlich insgesamt mindestens 6000-

8000 neue Wohnungen. Davon muss mindestens die Hälfte auf preisgebundene Sozialwohnungen entfallen.

Noch liegen die Zahlen für 2009 nicht auf dem Tisch, aber es ist vollkommen klar, dass der Senat sein vollmundig verkündetes Ziel im Wohnungsneubau verfehlt hat. Doch die Zahl der 2009 beantragten Wohnungsbaugenehmigungen lag Ende Oktober noch bei nur 3500 Einheiten – ein schlechtes Zeichen auch für 2010.

Warme Worte von Schwarz-Grün

Daran ändert auch der 2009 von der Stadtentwicklungsbehörde vorgelegte „Wohnungsbauentwicklungsplan“ nichts. Der enthält zwar eine Fülle von Material und auch einige zutreffende Feststellungen. Zum Beispiel gibt der Senat zu, dass die

Schere zwischen Angebot und Nachfrage bei preiswertem Wohnraum in Hamburg immer größer wird. Und man kann dort auch lesen, dass die Wohnungswirtschaft, darunter auch SAGA und GWG, ihre in einem Kooperationsvertrag mit der Stadt eingegangenen Pflichten absolut unzureichend erfüllt, mehr Wohnraum für Wohnungsnotfälle zur Verfügung zu stellen.

Aber schlimmer als die durch den weiteren Fortfall von Sozialwohnungen drohende Wohnungsnot für tausende von Normal- und Geringverdienern sowie Arbeitslosen findet der Senat es offenbar, in die Verfügungsgewalt der Eigentümer eingreifen zu müssen, um überhaupt noch „steuern“ zu können. Denn in CDU und in der GAL glaubt man noch an die „Selbstheilungskräfte des Marktes“.

Die gesamte im Wohnungsbauentwicklungsplan vorgesehene Förderungsstruktur setzt aber ganz vorrangig auf die Schaffung privaten Wohneigentums. Gut verdienende „Mittelschichtsfamilien“, die Wunsch-Klientel von CDU und GAL, sollen im Innenstadtbereich gehalten werden. Geringverdiener werden die für sie vorgesehenen Mittel nicht abrufen können, weil sie das Geld zum Bauen nicht haben.

Ende der Mietpreisbindung – Tausende von Sozialwohnungen fallen weg

Der CDU/GAL-Senat, der die Zuspitzung sozialer Notlagen in Hamburg verharmlost, trägt die volle Verantwortung für die schon jetzt spürbare Misere auf dem Wohnungsmarkt.

Denn 2009 wie 2008 und in den Vorjahren fielen weit über 5000 weitere Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung. Das heißt, die Vermieter können die Miete genauso erhöhen wie auf dem „freien“ Markt. So wird der Bestand an Sozialwohnungen (2006: 134.500) auf 110.000 in diesem Jahr sinken. In Wandsbek befinden sich mit über 30.000 prozentual die meisten Sozialwohnungen, über 10.000 davon allein in den Stadtteilen Jenfeld und Steilshoop. Hier werden in diesem Jahr besonders viele Wohnungen aus der Mietpreisbindung fallen.

Die soziale Polarisierung innerhalb Hamburgs nimmt zu wie der Zynismus der etablierten Eliten. Steilshoop sei ein „Ghetto“, sagte 2004 ein CDU-Bezirksabgeordneter aus dem betuchteren Hamburger Alstertal. Die „soziale Entmischung“, wie die CDU-geführte Sozialbehörde den Gegensatz zwischen immer reicheren und immer ärmeren Stadtvierteln etwas verschämter nennt, wird sich auch mit dem neuen Senat weiter verschärfen, wenn sich die Hamburger – insbesondere jene aus den weniger „lebenswerten“ Stadtvierteln - hiergegen nicht wehren.

Was zu tun ist

Die DKP fordert, dass die städtischen Vermieter SAGA und GWG ab sofort keine Wohnungsräumungen mehr durchführen, wenn den Betroffenen nicht auch zugleich eine Anschlussvermietung angeboten werden kann.

Die DKP fordert eine radikale Aufstockung der Mittel für den öffentlichen Wohnungsbau. Wir fordern, die 500 Millionen Euro, die SAGA und GWG aus Miet- und Verkaufserlösen dem Hamburger Haushalt zuführen mussten, vollständig dem Ausbau eines preiswerten Mietwohnungsangebots zur Verfügung zu stellen. Schluss mit der Quersubventionierung von Oles diversen

Prestigeobjekten durch die Mieter von SAGA und GWG!

Wenn in den nächsten Jahren tausende Sozialwohnungen aus der Sozialbindung fallen, müssen die Mieten dort eingefroren werden können. Sonst drehen die Vermieter an der Schraube. Der Soziale Wohnungsneubau muss in anderen Größenordnungen angekurbelt werden; veränderten Lebensweisen und Haushaltsstrukturen muss Rechnung getragen werden.

Wohnungsunternehmen, die sich weigern, der Stadt sogenannte Belegungsrechte für Wohnungsnotfälle („Dringlichkeitsscheine“) zugestehen, dürfen beim Verkauf städtischer Grundstücke nicht mehr berücksichtigt werden. Dass der CDU/GAL-Senat jedoch wie absehbar vor der Wohnungswirtschaft kapitulieren wird und Wohnungssuchende auf der Strecke bleiben werden, dass deutete ein Mitarbeiter der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt bereits im Sommer 2009 an. Die Wohnungsunternehmen haben keine Lust auf „Hartz-IV-Mieter“.

Anstatt das Höchstgebotsprinzip beim Verkauf der öffentlichen Grundstücke zu Gunsten der Haushaltssanierung anzuwenden und Normalbürger damit weiter aus der Stadt zu treiben, müssen Wohnungsbau-träger mit günstigen Preisen unterstützt werden, die sich zu sozialer Verantwortung verpflichten.

Es reicht nicht, den Mund nur zu spitzen und die Misere zu beschreiben. Man muss auch pfeifen. Deshalb begrüßen wir, dass sich vor allem die SAGA-Mieter zu wehren beginnen. Das Bündnis von „Recht auf Stadt“ und „Mieter helfen Mietern“ ist ein Anfang, um das Leben in Hamburg wieder für alle bezahlbar zu machen.

DKP

UZ - Sozialistische Wochenzeitung der DKP



UZ
Che würde UZ lesen!

Jetzt 10 Wochen testen!

Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 10 Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.

An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 10,- Euro pro Testabo.
(bzw. mit einer Spende in Höhe von Euro.)

Name _____

Vorname _____

Telefon _____ Geburtsjahr _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 1 • 45127 Essen
Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de

IMPRESSUM:

Herausgeber:

Deutsche Kommunistische Partei,
Bezirksvorstand Hamburg
Lindenallee 72,

20259 Hamburg

Telefon (040) 480 49 00

www.dkp-hamburg.de

V.i.S.d.P.: Olaf Harms, Lindenallee 72,
20259 Hamburg

KRIEG ALS BERUFSPERSPEKTIVE?

NICHT MIT UNS!



Am 27. Februar fand in Hamburg die Jobmesse „Einstieg“ statt. Neben anderen Arbeitgebern ging auch die Bundeswehr mit einem Stand auf Nachwuchsfang, um Frischfleisch für zu Guttenbergs Kriegsmaschinerie zu rekrutieren. In einer friedlichen Protestaktion gelang es uns als SDAJ gemeinsam mit anderen antimilitaristischen Gruppen die Bundeswehr zu überraschen. Dabei blockierten wir den Bundeswehrstand und verteilten Flugblätter an die Messebe-

sucher. Es ging uns darum aufzuklären, dass die Bundeswehr kein normaler Arbeitgeber ist. Das Militär nutzt die schwierige Situation von Jugendlichen in der beruflichen Orientierungsphase gezielt aus, um sie zum Dienst an der Waffe zu bewegen. Diese „Arbeit“ beinhaltet unter anderem den Kriegseinsatz im Ausland und die damit verbundenen Risiken für Leib und Leben. Wo immer die Bundeswehr demnächst auch auftreten wird, die SDAJ wird da sein und Kontra-

geben, denn für uns kommt es nicht in die Tüte, dass wir und unsere Altersgenossen für eine Aufrüstung, für die wir schon mit dem Abbau unserer Sozialsysteme, Freizeiteinrichtungen und Schulen, nun auch noch mit Blut bezahlen sollen.

SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend) Hamburg. Mit freundlicher Genehmigung aus der Hamburger SDAJ-Zeitung „Like-deeler“.



Foto: © ULTRAS St. Pauli

MOORBURG:

ERFOLG GEGEN VATTENFALL

Der Stromkonzern sah sich schon auf der sicheren Seite. Doch am 3. März verordnete das Oberverwaltungsgericht überraschend einen Baustopp für die Leitung, die Abwärme aus dem neuen Kohlekraftwerk Moorburg ins Hamburger Fernwärmenetz leiten soll. Die zwölf Kilometer langen Röhren sollen 240 Millionen Euro kosten, durch Wilhelmsburg und St. Pauli nach Altona führen. Allein in Altona sollen über 300 zum Teil sehr alte und große Bäume gefällt werden. Wahrscheinlich werden es mehr, weil sich die Trasse auf 1,8 Kilometern durch den Grünzug Altona zieht.

Deshalb hatte die Umweltorganisation BUND geklagt, zuvor hatten Aktivisten von Robin Wood den ganzen Winter über Bäume besetzt, die Vattenfall im Weg sind. Das Gericht entschied, dass ein ordentliches Planfeststellungsverfahren nötig ist, bei dem die Öffentlichkeit angehört wird. Schließlich seien „Nutzungsfunktionen der Gebiete betroffen, die für die Öffentlichkeit von Bedeutung sind“. Tatsächlich könnten die wenigen Parks im dicht besiedelten und armen Stadtteil Altona-Altstadt über Jahre unbenutzbar sein – um am Ende Platz zu machen für schicke Neubauten und steigende Mieten.

Dass ein solches Projekt überhaupt ohne Planfeststellungsverfahren anlaufen konnte, war dem vorausseilenden Gehorsam der grünen Umweltbehörde zu verdanken. Die hatte eine vereinfachte Genehmigung durchgewinkt. Obwohl die Grünen ursprünglich das Kohlekraftwerk verhindern wollten, beschleunigten sie das Verfahren. Nach dem Richterspruch bezeichnete die Behörde ihr eigenes Vorgehen als „offensichtlich falsch“. Vattenfall wollte die eigene Niederlage nicht kommentieren.

Für die Trassengegner geht es nicht nur um die Parks in Altona. Sie sehen eine Chance, das Kraftwerk in Moorburg doch noch zu stoppen. Das würde im Betrieb 9,2 Millionen Tonnen CO² pro Jahr ausstoßen – so viel wie ganz Bolivien, doppelt so viel wie der Hamburger Straßenverkehr.

Ohne die Fernwärmeleitung hätte Vattenfall Probleme, Moorburg ans Netz zu bringen. „Zum Einen rechnet sich das Kraftwerk ohne den fest eingeplanten Profit aus der Fernwärme schlicht nicht, zum Anderen verfolgt der Konzern auch den Plan einer jahrzehntelangen Kundenbindung an die Fernwärme aus Moorburg“, erklärt die Initiative „Moorburgtrasse stoppen“. Umweltsenatorin Anja Hajduk hat für 2014

den Rückkauf des privatisierten Fernwärmenetzes versprochen. Wenn bis dahin schon große Mengen Wärme aus Moorburg im Netz wären, wäre Hajduks Plan hinfällig, Wärme aus klimafreundlichen Quellen zu bekommen.

„Hinzu kommt, dass die Entnahme von Fernwärme eine zwingende formelle Auflage in der Gesamtgenehmigung für das Kraftwerk ist“, so die Initiative. „Sollte die Leitung nicht in Betrieb gehen können, dürfte Moorburg nicht angefahren werden.“ Der Baubeginn dürfte sich nun noch etwas hinziehen. Für den Fall, dass es doch so weit kommt, haben sich schon Tausende in einen SMS-Verteiler eingetragen, um am „Tag X“ die Trasse zu blockieren. Eintragen geht einfach: „go trasse“ an 84343 senden.

ser



FEINDBILD ZUM AUSSCHNEIDEN

BERNDT RÖDER

UND DIE ARROGANZ DER MACHT

Endlich Frühling! Wohl noch lange werden die fast drei Monate Dauerfrost in Erinnerung bleiben, die zwar nicht für ein offizielles Alstereisvergnügen reichten, aber sehr wohl, um die meisten Nebenstraßen und Gehwege unter einem Eispanzer verschwinden zu lassen, vor allem ältere Hamburgerinnen und Hamburger in ihren Wohnungen einzusperren oder aber mit Knochenbrüchen in die Krankenhäuser zu schicken.

Das lag nicht allein am außergewöhnlich langen und harten Winter, sondern vor allem daran, dass die Hamburger Stadtreinigung nach mehreren Sparrunden zu schlecht ausgestattet ist, flächendeckend für freie Wege zu sorgen. Außerdem hatte die Stadt die Räumung der Nebenstraßen zuvor an die Bezirksämter abgeschoben, die damit erst recht überfordert waren.

Ein unerträglicher Zustand, fanden Millionen Hamburger, und mit ihnen Berndt Röder, als Präsident der Bürgerschaft ihr oberster Volksvertreter. Für ihn zumindest gab es schon am 5. Februar Erleichterung. Die Frustbergstraße, in der sein Haus steht, wurde von der Stadtreinigung exklusiv geräumt. Die anderen Nebenstraßen im Stadtteil Groß Borstel und anderswo in Hamburg blieben zugefroren. „Skandal“, hieß es in der Presse zu Recht.

Denkwürdig ist, mit welchem Herumeiern sich Röder aus der Affäre zu ziehen versuchte.

Zuerst sagte Röder, er habe mit der exklusiven Straßenräumung nichts zu tun – er könne sich auch nicht erklären, warum nur seine Straße geräumt wurde und alle anderen nicht. Doch um gut dazustehen, spendete er dem Roten Kreuz 1000 Euro. Aus der Stadtreinigung und den betroffenen Behörden kam die Bestätigung: Röder persönlich hatte die Aktion in Gang gesetzt, er hatte sich bei den Staatsräten der Innen- und der Umweltbehörde gemeldet und Druck gemacht.

Dann sagte Röder, er habe angerufen, weil ein Rettungswagen nicht mehr durch die Straße gekommen sei und unverrichteter Dinge umdrehen musste. Diese Version ließ sich auch nicht mehr halten. Laut Feuerwehr war zur fraglichen Zeit dort gar kein Einsatz.



Nächste Erklärung: Es sei ihm um den Weg zum Stavenhagenhaus, das auch an der Frustbergstraße steht, gegangen. Doch der Fußweg zu dem Veranstaltungszentrum war sowieso gestreut.

Letzte Verteidigungslinie: Er persönlich habe ja keinen Vorteil gehabt, weil er als Bürgerschaftspräsident vom Fahrdienst abgeholt werde und gar nicht selbst fahren müsse.

Berndt Röder stand von Tag zu Tag schlechter da. Immer klarer wurde das Bild von einem Mann, dem die Macht zu Kopf gestiegen ist, der glaubt sich alles herausnehmen zu dürfen, der die Stadt als sein Eigentum betrachtet.

Dann kam auch noch eine Geschichte von 2004 in Erinnerung, die dieses Bild bestätigt: Röder saß in der Eingabestelle der Bürgerschaft im Gebäude der Alten Post. Man sprach nicht etwa über berechnete Anliegen der Bürger, sondern laut „Hamburger Morgenpost“ über „Gefährdungen durch renitente Bittsteller“. Wohl aus dieser Angst vor den Untertanen heraus drückte Röder den Notrufknopf, um mal zu sehen, wie schnell die Wache anrücken würde. „Das dauert hier alles viel zu lange“, herrschte er die anrückenden Polizisten an. Seine Stoppuhr zeigte sieben Minuten an (laut Polizeigewerkschaft waren seit dem Anruf 2 Minuten 34 Sekunden vergangen). Als die Beamten Röder darauf hinwiesen, dass so ein falscher Alarm die Sicherheit von anderen gefährden kann, die tatsächlich Schutz brauchen, drohte er ihnen mit den Vorgesetzten - „Sie wissen wohl nicht, wer ich bin?“ Die Episode endete mit 2500 Euro Bußgeld. Röder hätte daraus lernen können, dass er die Bediensteten der Stadt nicht hin- und herscheuchen darf wie ein Gutsherr sein Personal. Und dass ein Volksvertreter nicht zuerst für sein eigenes Wohl zu sorgen hat.

Am 20. Februar diesen Jahres trat Berndt Röder zurück. Der inzwischen ebenfalls zurückgetretene CDU-Chef und Finanzsenator Michael Freytag erklärte das zur noblen Geste: Röder habe das „Ansehen des Parlaments“ geschützt und über sein eigenes Amt gestellt. Vielleicht wollte er sich aber auch nur einen noch unrühmlicheren Abgang ersparen. Zwei Tage später sollte sich der Ältestenrat der Bürgerschaft mit der „Glatteis-Affäre“ beschäftigen.

Mitleid muss man mit Röder nicht haben. Er fällt weich. Seit Jahren arbeitet der Rechtsanwalt als Geschäftsführer für den Hamburger und den norddeutschen Verband der Zeitungsverleger – für Leute also, die gern glauben, ihnen gehöre die Wahrheit, und die auch oft nach Gutsherrenart herrschen. Letztlich geht es auch nicht um ihn persönlich. Sondern darum, dass die bürgerlichen Parteien, gleich ob CDU, GAL oder SPD, die Stadt als Beute betrachten, sobald sie regieren. Es ist die Arroganz der Macht.

ser